



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227-73447

✉ (030) 227-76318

✉ ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
www.ernst-dieter-rossmann.de

# ***Pressemitteilung***

13.10.06

## **Zuwanderung und Integration – eine dauerhafte Aufgabe mit vielen Chancen**

### **Integrationsforum diskutierte Migrationsarbeit**

Die Integration von zugewanderten Menschen und ihren Familien sollte zur zentralen Aufgabe auch in der Kreis- und Kommunalpolitik werden. Das war einhellige Auffassung beim Forum Zuwanderung und Integration, das in dieser Woche auf Einladung des Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann stattfand.

Gefolgt waren der Einladung Vertreter von Kirchen, Migrantenvereinen und Initiativen sowie Kommunalpolitiker und Einzelpersonen.

In seinem Einführungsstatement hob Rossmann hervor, dass auch in der Folge von Integrationsgipfel und Islamkonferenz auf Bundesebene erstmals die Chance auf ein allgemeines Umdenken besteht. „Zuwanderung wird hoffentlich bald nicht mehr als Belastung sondern als Chan-

ce wahrgenommen“, konstatierte der Politiker. Jetzt komme es darauf an, den angeschobenen Prozess vor Ort zu begleiten. Rossmann: „Der Kreis Pinneberg hat den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund unter den Flächenkreisen des Landes. Auch das ist ein Grund, das Integrationsthema vom ‚Gipfel‘ herunter zu holen und zu besprechen, was wir konkret in unserem Kreis tun können.“

Als stellvertretender Staatssekretärs im Innenministerium des Landes verwies Norbert Scharbach aus Kiel auf einige richtungweisende Projekte des Landes Schleswig-Holstein. Als erstes Bundesland habe man Leitlinien zur Integration vorgelegt. „Inzwischen sind diese 13 Punkte sogar durch den Bundesrat beschlossen worden“, betonte Scharbach. Besonderen Stellenwert hätten auch das Programm SPRINT, für die Sprachförderung von Kindern vom Vorschulalter an und das Programm Soziale Stadt, wie man etwa in Elmshorn sehen könne.

Die Herausforderung Integration stelle sich allen Institutionen und müsse als alle Ebenen durchziehen, wurde im Rahmen des Forums denn auch wiederholt angemahnt. „Integration ist eine gemeinsame Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Sie muss Querschnittsthema in allen Politikbereichen sein, von der Bildungs- und Familienpolitik bis zu Gesundheitsfragen und Städtebauförderung. Und sie muss auch in der Gesellschaft eine Rolle spielen, wenn z.B. Bürgerpreise vergeben oder Menschen sehr konkret in den Medien vorgestellt werden“, forderte etwa Gastgeber Rossmann.

Die Teilnehmer des Forums berichteten in der intensiven Diskussion von zahlreichen Ideen und Forderungen für

Integrationsaktivitäten vor Ort. So warb etwa der Pinneberger Diakonieverein Migration für sein Modell, jedem aus dem Ausland kommenden neuen Mitbürger einen ehrenamtlichen Paten oder Lotsen an die Seite zu stellen. Gleichzeitig mahnten die Initiativen Verlässlichkeit und Konstanz in der öffentlichen Förderung an. Ohne stabile Netzwerke könnten gerade in diesem Arbeitsbereich keine nachhaltigen Hilfen organisiert werden.

In rund einem halben Jahr will die Runde erneut zusammentreffen, um die Ergebnisse des Berliner Integrationsgipfels weiter zu diskutieren. Auch sollen gezielt die Kommunalverwaltungen und die Kommunalpolitiker im Kreis für eine überparteiliche Integrationsinitiative gewonnen werden.